

Weltmacht mit allen Mitteln

Von Klaus Eichner

Feindbild USA. Berechtigt oder falsch?

Der Widerstand gegen die USA und deren aggressive Politik zur Gestaltung einer neuen Weltordnung wird als überkommenes Relikt des Kalten Krieges diffamiert. Es sei eine Fortschreibung des alten Feinbildes, das sich doch mit dem Ende der Blockkonfrontation erledigt habe, heißt es. Die militärische Intervention Russlands in der Ukraine muss als Argument herhalten, dass nicht die USA die Welt unter ihre Militärstiefel zwingen wollen, sondern der Aggressor Russland heiße. Der „verbrecherische Überfall“ – so die genormte Formulierung – habe bewiesen, dass die Furcht vor Russland bei seinen Nachbarn begründet war und ist. Deshalb hätten sie sich schließlich nach 1990 unter die schützenden Fittiche der NATO begeben.

Nun ist es ein gern kolportierter und zweckdienlich verbreiteter Irrtum zu glauben, dass „Feinbilder“ eine Erfindung der kommunistischen Ideologie zur Charakterisierung des Klassenfeindes seien. Seit es Armeen gibt, existieren Feinbilder zur Motivation der Soldaten. Und zwar unabhängig vom Charakter der Gesellschaft. Die Ideologie, auf der der Staat fußt, bestimmt allerdings das Bild des „Feindes“. Und der ist immer konkret, keineswegs abstrakt, wie lange und noch immer im Westen behauptet.

Ewiger Krieg?

Die Feinde in der imperialistischen Ideologie sind zwangsläufig jene Kräfte, Bewegungen und Staaten, die die Ausbeutergesellschaft überwinden und eine alternative Gesellschaft errichten wollen. Und die Auseinandersetzung mit ihnen erfolgt politisch, juristisch, wirtschaftlich, polizeilich, geheimdienstlich und militärisch. Ganz unmittelbar im Sinne des von Carl von Clausewitz 1832 formulierten Gedankens: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“ Oder eben in Form des Wettrüstens, mit dem Ressourcen der Volkswirtschaft des Feindes entzogen werden und verhindern, dass dieser etwa soziale Probleme oder humanitäre Aufgaben löst. Der konservative Historiker Michael Stürmer, eine Zeitlang außenpolitischer Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl und namhafter Vertreter jener Kreise, die für ein stärkeres militärisches

Engagement der Bundesrepublik stehen, interpretierte 2015 diesen Satz des Preußengenerals, den man laut Stürmer dreimal lesen müsse: „Einmal als Feststellung, dass es Krieg gab und gibt und leider Gottes keine Aussicht besteht, dass es anders wird. Zum zweiten als Warnung vor dem absoluten Krieg, der jeden anderen Zweck verschlingt. Und drittens als Aufforderung an die Diplomatie, das Ziel des Friedens auch im Krieg zu verfolgen.“

Es war und ist nicht nur ein Interpretations-, sondern ein grundsätzlicher Denkfehler zu meinen, dass es Kriege immer gab und immer wieder geben wird. Der Irrtum wurzelt in der Überzeugung, dass die Ursachen von Kriegen der unreife, unvollkommene Mensch sei und nicht das Wirtschaftssystem, das Staaten hervorbringt und deren Politik bestimmt.

Krieg, so darum der Umkehrschluss, kann nur überwunden werden, wenn die kapitalistische Ausbeuter- und Klassengesellschaft überwunden wird. Denn wie der 1914 ermordete französische Sozialist Jean Jaurès formulierte: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“ Und ihm ist beizupflichten, wenn er daraus schloss, dass – entgegen allen patriotischen und demagogischen Behauptungen – nicht der Krieg revolutionär sei, sondern der Friede. Weil er nämlich durch die Überwindung des Kapitalismus erzwungen und gewonnen werde.

Jahrzehntelanges Zerstörungswerk

Das Feindbild von den USA – das mächtigste Land des Imperialismus, beschönigend als Mutterland des Kapitalismus bezeichnet – ist keine Erfindung von Politikwissenschaftlern oder Ideologen. Die USA haben seit ihrer Gründung im Jahr 1776 mehr als zweihundert Kriege geführt – ohne selbst jemals angegriffen worden zu sein. (Der „Krieg gegen den Terror“, den Präsident George Bush jr. 2001 ausrief, wurde mit dem Anschlag auf das Welthandelszentrum in New York begründet, der in der Propaganda zu einem „Angriff auf die USA“ gemacht wurde, aber keinen Angriff auf den Staat darstellte.)

Es heißt, dass seit 1946 in den Kriegen der USA, bei militärischen Interventionen und bei Geheimdienstbeteiligungen an Terroranschlägen, Putsch- und Umsturzversuchen auf den Territorien anderer Staaten fast sieben Mil-

lionen Menschen starben. Gemessen an den beiden Weltkriegen, die von Deutschland ausgingen, ist das eher wenig. Aber Leid, Not und Elend bemessen sich nicht nur an Kriegstoten. Flucht und Vertreibung gehören auch dazu. Im Mai 2022 meldete das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR, dass die Zahl der Menschen, die vor Konflikten, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Verfolgung auf der Flucht seien, die 100 Millionen überschritten habe.

Auf der anderen Seite: Rüstungskonzerne sowie die Finanz- und Investmentindustrie verdienen mit Kriegen und militärischen Konflikten Milliarden. Und sie verdienen zweimal: einmal durch die Produktion von Waffen und Rüstungsgütern, dann durch den Wiederaufbau der mit diesen Waffen zerstörten Städte und Produktionsanlagen. Die meisten dieser global operierenden Unternehmen haben ihren Sitz in den USA.

Konzept zum Dominanzerhalt

George Bushs Verteidigungsminister Richard „Dick“ Cheney ließ von September 1991 bis Mai 1992 eine Arbeitsgruppe Leitlinien erarbeiten, wie die militärische Dominanz der USA erhalten und ausgebaut werden kann. „Jede in Frage kommende feindliche Macht (ist) daran zu hindern, in einer Region dominant zu werden, die für unsere Interessen von ausschlaggebender Bedeutung ist“, hieß es darin. „Potenzielle Rivalen (sollen) erst gar nicht auf die Idee kommen, regional oder global eine größere Rolle spielen zu wollen.“ Und mit Blick auf die Bundesgenossen in der NATO, die mehrheitlich in Europa disloziert waren und sind, wurde an die US-Administration appelliert: „Wir müssen darauf achten, dass es keine auf Europa zentrierten Sicherheitsvereinbarungen gibt, welche die NATO untergraben könnten.“³

Die einschüchternde Ansage war unmissverständlich: Eine Verständigung Westeuropas mit dem Osten, insbesondere mit dem Nachfolgestaat der Sowjetunion, sollte unterbleiben. Damit wurde den seit Jahrzehnten von Moskau verfolgten Intentionen, in Europa eine Sicherheitsstruktur zu entwickeln, eine deutliche Absage erteilt. Ein System kollektiver Sicherheit, zu dessen Entwicklung in den siebziger Jahren erste Schritte unternommen worden waren, hatte sich erledigt, eine Emanzipation (West-)Europas von den USA sollte nicht stattfinden. Die Warnung vor der „Untergrabung

der NATO" war eine Warnung vor dem Verlust der Dominanz ihrer Führungsmacht, den USA. Das Wort von der „Rapallo-Angriff“ machte – wieder einmal – die Runde. Zur Erinnerung: Im italienischen Rapallo hatten im April 1922 das Deutsche Reich und die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (die UdSSR sollte erst später gegründet werden) vertraglich beschlossen, ihre bilateralen Beziehungen zu normalisieren. Die souverän am Rande einer internationalen Finanz- und Wirtschaftskonferenz in Genua geschlossene Vereinbarung führte, trotz Ablehnung durch die Westmächte und auch in Deutschland – darunter Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) und weite Teile der SPD-Führung, zu prosperierenden Wirtschaftsbeziehungen, von denen beide Seiten profitierten. Deutschland lieferte Industrieanlagen und Know-how, half bei der Erschließung der Erdölfelder bei Baku und vermarktete sowjetisches Öl in Deutschland, wodurch die Abhängigkeit von britischen und US-amerikanischen Ölkonzernen reduziert werden konnte.

Vorauselender Gehorsam

Die Federführung bei der Fixierung des Defense Planning Guidance 1991/92 lag bei Colin Powell – damals Chef der Vereinigten Generalstabs – und Paul Wolfowitz, Staatssekretär im Pentagon. Es gibt Autoren, die nach Bekanntwerden dieses internen Dokuments monierten, dass die „fundamentalen Verschiebungen auf der weltpolitischen Landkarte“ unbeachtet geblieben seien, dass es sich bei dem Papier um einen Rückfall in den Kalten Krieg handele, weil Washington – wie seit Jahrzehnten – Sicherheit in erster Linie mit militärischen Mitteln und gegen andere (nicht mit anderen) herstellen wolle. In Japan und in der BRD erregte man sich in bestimmten Kreisen zudem darüber, dass beide Staaten darin als „Konkurrenten“ genannt und damit auf eine Stufe mit Russland und China gestellt worden waren. Es war, wie immer bei solchen Kontroversen, ein Sturm im Wasserglas. Die von Kanzler Helmut Kohl geführte Bundesregierung (CDU/CSU/FDP) versicherte wie gewohnt unterwürfig und im vorauselenden Gehorsam, dass das vereinte Deutschland keinen Sonderweg beschreiten und unverändert fest an der Seite der USA stehen werde. Solche von wenig Souveränität getragenen Erklärungen stellten eine diplomatische Gratwanderung dar. Zwar bereiteten sich die Truppen der Nachfolgestaaten der Sowjetunion (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten – GUS) auf ihren für 1994 geplanten Abzug vor – aber große Teile davon standen noch auf dem Territorium der sogenannten neuen Bundesländer. Ihr finaler Rückzug durfte nicht durch überschwängliche Treuebekundungen an die Adresse der USA gefährdet werden, genauso wie überzogene Kritik an der „Schutzmacht“ USA Washington eventuell verstimmen konnte.

Der diplomatische Balanceakt der Bundesregierung ist allerdings nicht unser Thema, sondern inwieweit die zu Beginn der neunziger Jahre formulierten Leitlinien den Kalten Krieg ungebunden fortsetzen bzw. eine neue Qualität in den Außenbeziehungen der USA bedeuteten.

FRIEDEN, FREUNDLSCHAFT, SOLIDARITÄT



Bei den Weltfestspielen der Jugend 1973 in Berlin keine Fremdwörter

Politik der Stärke

In der Führung der USA herrschte die Auffassung vor, dass man die Politik der Stärke in der Stunde ihres größten Triumphs nicht aufgeben sollte. Im Gegenteil. „Ich habe den Eindruck, dass die sowjetische Gefahr möglicherweise größer ist als früher, da sie vielgestaltiger geworden ist“, erklärte US-Präsident Bush, der Exgeheimdienstchef. Es sei nicht an der Zeit, die Sowjetunion in die Gemeinschaft der „zivilisierten Nationen“ aufzunehmen.

Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) war von Anfang an als hinderlich bei der Durchsetzung von US-Interessen und als Sieg sowjetischer Außenpolitik gewertet worden. Deshalb musste ihre Schlussakte liquidiert werden. „Die KSZE ist die eigentliche Gefahr für die NATO“, erklärte US-Außenminister James Baker intern, womit er nicht unrecht hatte. Es war eine europäische Sicherheitsstruktur. Zwar waren die USA daran beteiligt, sie waren aber nur ein Staat von insgesamt 35. Und in der 1975 unterzeichneten Schlussakte waren die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion und aller Unterzeichner in gleicher Weise berücksichtigt worden. „Die Teilnehmerstaaten werden gegenseitig ihre souveräne Gleichheit und Individualität sowie alle ihrer Souveränität innewohnenden und von

ihr umschlossenen Rechte achten, einschließlich insbesondere des Rechtes eines jeden Staates auf rechtliche Gleichheit, auf territoriale Integrität sowie auf Freiheit und politische Unabhängigkeit. Sie werden ebenfalls das Recht jedes anderen Teilnehmerstaates achten, sein politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles System frei zu wählen und zu entwickeln sowie sein Recht, seine Gesetze und Verordnungen zu bestimmen“, hatte es gleich eingangs in der Schlussakte geheißen. „Sie sind der Auffassung, dass ihre Grenzen, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung verändert werden können. Sie haben ebenfalls das Recht, internationalen Organisationen anzugehören oder nicht anzugehören, Vertragspartei bilateraler oder multilateraler Verträge zu sein oder nicht zu sein, einschließlich des Rechtes, Vertragspartei eines Bündnisses zu sein oder nicht zu sein; desgleichen haben sie das Recht auf Neutralität.“ Die USA beriefen sich gern auf diese Festlegung, wenn sich eine „Vertragspartei“ etwa mit dem Westen verbünden wollte. Doch wenn sich ein Staat verweigerte, wenn er sich nicht der NATO und darum deren Führungsmacht anzuschließen wünschte, nahmen die USA das nicht einfach so hin und halfen bei der „Meinungsbildung“ mit verschiedenen Mitteln nach. Insofern lag der US-Außenminister nicht falsch, wenn er 1989/90 meinte, dass aus Sicht der USA die KSZE „die eigentliche Gefahr für die NATO“ sei.

„America first“

Auf KSZE-Linie bewegten sich Überlegungen, die in Europa nach dem Ende der Blockkonfrontation angestellt wurden. Jetzt sei die Chance für den Abbau aller ideologisch motivierten Barrieren, für die Abrüstung konventioneller Streitkräfte, für die Abschaffung der beiden Militärpakts. Diese Kreise nahmen Bushs Ansage wörtlich: „Wir können einen dauerhaften Frieden verwirklichen und die Ost-West-Beziehung in eine dauerhafte Zusammenarbeit umwandeln.“

Sie hatten einerseits überhört, dass der US-Präsident in der Möglichkeitsform gesprochen hatte, und andererseits an die Lauterkeit der Politik der USA geglaubt. Die besaß Washington aber nie. Im Zentrum der Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika standen immer die nationalen Interessen, es ging immer um „America first“. Nationale Belange anderer Staaten fanden allenfalls Beachtung, wenn sie US-amerikanischen Interessen nützten oder ihnen im Wege standen. Ein Neustart der Außenbeziehungen, von dem nicht wenige inner- und vor allem außerhalb der USA 1989/91 geträumt hatten, erfolgte nicht. Man hätte mit dem Wesen der kapitalistischen Ordnung brechen müssen. Dazu waren die in den USA herrschenden Kreise nicht bereit.

Der 99jährige Henry Kissinger, Exaußenminister, Friedensnobelpreisträger und Organisator des Staatsstreiches in Chile, mit dem 1973 die demokratisch gewählte Regierung der Unidad Popular weggeputscht worden war, machte 2022 in einem Buch gewohnt zynisch die Kontinuität und den Charakter der Außenpolitik kapitalistischer Staaten, insbesondere des eigenen Landes, ex negativo deutlich. „Wem es hauptsächlich um Werte geht, sollte nicht den diplomatischen Dienst, sondern das Priesteramt anstreben.“

Der 2015 verstorbene Bahr, nach eigenem Bekunden einst selbst ein Kalter Krieger, befreit sich bei der Frage nach seiner aktuellen politischen Verortung auf seinen Freund Willy Brandt. Der habe gesagt, je älter er werde, desto linker werde er. „Mir geht es nicht anders.“ Sein Urteil über die USA hatte eventuell nichts mit dieser linken Haltung zu tun, sondern war einfach nur logisch und vernünftig. „Das nationale Interesse der USA ist von der moralischen Gewissheit durchdrungen, das auserwählte Volk Gottes zu sein. Nationalbewusstsein und Sendungsbewusstsein sind

unlöslich verschmolzen“, konstatierte er 2015. Und fast schon resignativ fügte er an, dass es „sinnlos“ sei, dies zu kritisieren. „Die amerikanische Position stellt einen moralischen Maßstab dar, der nicht verhandelbar ist. Das entspricht auch der amerikanischen Haltung, sich nicht durch fremde Ordnungen binden zu lassen. Das hat mit Macht und weniger mit Werten zu tun. Die Globalmacht USA wird sich nur binden, wo ihr Interesse das rät. Sie wird insgesamt ihre Politik der freien Hand verfolgen, um ihren Einfluss zu vergrößern.“ Das war eine sehr diplomatische, sehr höfliche Umschreibung für die Durchsetzung einer neuen Weltordnung, die sich die USA in ihre internen Strategiepapiere und auf ihre Fahne geschrieben hatten.

Mit freundlicher Genehmigung des Autors

Klaus Eichner: „Bis alles in Scherben fällt. Der Kampf der USA um eine neue Weltordnung“
Verlag Edition Ost, Berlin 2022,
130 Seiten, 16 Euro

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand diskutierte über den ihm vorliegenden Entwurf der Führungskonzeption für die Jahre 2022 bis 2026, an deren Fertigstellung weiter gearbeitet wird. Er nahm die Antwort der Anti-Diskriminierungsstelle des Bundes zur Kenntnis, die sich für unsere Anliegen als nicht zuständig erklärt hat und dabei nicht wahrnehmen wollte, dass offensichtlich eine Diskriminierung wegen der Herkunft und Weltanschauung vorliegt.

*

Mit Stand vom 6.10.2022 hat ISOR 6.670 Mitglieder und damit 636 weniger als vor einem Jahr am 30.9.2021. Der Rückgang der

Mitgliederzahl ist vor allem auf Sterbefälle und Austritte aus Alters- und Gesundheitsgründen zurückzuführen.

*

Ehrenmitglieder ernannt

Auf Beschluss des Vorstandes wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt:

Jochen Gladitz, der als langjähriger Vorsitzender der TIG Suhl und Mitglied des Beirates der ISOR in seiner TIG und weit darüber hinaus maßgeblich zum Aufbau und zur inhaltlichen

und organisatorischen Formierung der Arbeit unserer Organisation beigetragen und
Manfred Jonischkies, der sich als Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern

mit seinem engagierten Einsatz, klugen Ideen und organisatorischem Talent hohe Anerkennung seitens der von ihm betreuten TIG erworben hat.



Aus unseren TIG



7. Oktober 2022! Die TIG Barnim lud zu ihrem Herbsttreffen ein. Der Raum, mit nicht so vielen Plätzen, war gefüllt. Die RotFuchs-Singegruppe hatte Platz und wurde gehört. Es erklangen bekannte Weisen. Sie rührten an, erzeugten das Gefühl von jünger Werden und verführten zum Mitsingen. Die Gedanken und Erinnerungen begannen mit dem „Auferstanden aus Ruinen...“ auf denen die „Rote Fahne“ zu sehen war um die die „Kleine weiße Friedenstaube“ ihre Kreise zog. „Spaniens Himmel“ grüßte und die ehemaligen FDJ-ler bauten auf. Geendet wurde mit „Avanti Popolo“ und einer Zugabe der sehr engagierten Singegruppe. Erinnerungen bewegten uns in diesen Stunden und zugleich offenbarten sich zwingende Verweise auf den Gang des Handelns großer Menschengruppen in geschichtlich bestimmten Systemen. Auch an Menschen, deren Wirken unser

Leben im ersten Staat der Arbeiter und Bauern mitbestimmten, wie Wilhelm Pieck oder auch Johannes R. Becher mit seinen Worten „Seid Euch bewusst der Macht...“. Anwesend waren Zeugen und Aktivisten dieses ersten Versuches auf deutschem Boden, einen sozialistischen Staat zu errichten, darunter auch Mitglieder der GRH e.V. Deren historisch bedeutsames Mühen, die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, die Beseitigung der Wurzeln und des Fortwirkens des Faschismus, hin zu einer wahrhaft humanen Welt, nicht genug zu würdigen ist.

Die Existenz und das Handeln der ISOR e.V. ist konsequenter Ausdruck und Fortsetzung dieser Maximen, nicht immer, wie wir wollen, meist mehr, als wir können.

Klaus-Dieter Jäschke TIG Barnim

*

Heinz Engelhardt im Vogtland

Die Mitglieder unserer TIG begrüßten den TIG-Vorsitzenden von Plauen, Peter Eichler, weitere TIG-Vorsitzende, Vertreter des ISOR-Vorstandes, ein Mitglied von Rot Fuchs, einen Vertreter des Geschichtsvereins Max Hözl e.V. und besonders GM a.D. Heinz Engelhardt.

Als Vogtländer kennt er die Vorgänge der letzten DDR-Jahre zur Genüge und ist vielen unserer TIG-Mitglieder gut bekannt.

Mit seinem Buch „Der letzte Mann“ ist er ein bundesweit vielgefragter Mann. Er hat nicht nur die Rolle des MfS im Zusammenwirken der bewaffneten Organe niedergeschrieben, sondern das Wirken dieser auf der Grundlage der Gesetze der DDR dargelegt. Er betonte, dass wir als ISOR keinen Grund haben uns zu beugen, weil unsere Tätigkeit rechtsstaatlich war.

In dem über zweistündigen Meinungsaustausch kamen viel Gedanken zu ISOR und seinen Aktivitäten zur Sprache. Ergebnis: ISOR lebt und kämpft auch weiter für die Rechte seiner Mitglieder.

Dieter Häßner, Vorsitzender TIG 11.18“

*

Wahlversammlung der TIG Leipzig – Bilanz gezogen und Ziele bestimmt

Bilanz, künftige Aufgaben und Neuwahlen, ein umfangreiches Programm für die Teilnehmer an der Mitgliederversammlung der TIG Leipzig am 15. Oktober 2022. Eine besondere Herausforderung für den Vorstand bestand darin, dass die Stadt Leipzig uns den vertraglich vereinbarten Versammlungsraum unter fadenscheinigen Gründen kurzfristig am 10. Oktober gekündigt hatte. Uns ist es gelungen, einen Ausweichraum zu finden, nahezu alle Mitglieder davon zu informieren und unsere Wahlversammlung wie geplant durchzuführen.

Als Gäste unserer Versammlung begrüßten wir den stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes der ISOR Joachim Bonatz, den Vorsitzenden der Regionalgruppe Leipzig des RotFuchs, den Vorsitzenden der Regionalgruppe Leipzig der GRH und Vertreter der TIG der ehemaligen Kreise Eilenburg, Geithain und Oschatz.

Zu Beginn der Versammlung überbrachte Joachim Bonatz die Grüße des Berliner Vorstandes der ISOR. In seinem Beitrag sprach er unserer TIG und ihren Mitgliedern den Dank für die geleistete Arbeit, für unser solidarisches Verhalten, insbesondere unsere durchgeführten Spenden und für die langjährige Unterstützung der Maßnahmen im Kampf für Rentengerechtigkeit aus.

Im Weiteren nahm er Stellung zu den aktuellen Geschehnissen, insbesondere dem Krieg in der Ukraine und stellte die Ursachen des Krieges in der Ukraine und ihre Zusammenhänge zu dem aggressiven Wirken der USA und der Nato einschließlich der deutschen Regierung her.

Besonders interessant war für die Mitglieder die Äußerung von Joachim, dass die Machthaber der BRD in der Durchsetzung des Rentenrechtes gegenüber uns und anderen Beschäftigungsgruppen in der DDR Gelegenheit hatten auszuprobieren, wie die Bevölkerung darauf reagiert. Sie haben gemerkt, dass sie gut davongekommen sind, und wenden diese Erfahrung jetzt in der Durchsetzung ihrer Sanktionspolitik auf die Bevölkerung an, in der Hoffnung, auch diesmal gut wegzukommen. Als Joachim den Spruch „Gazprom an – Ampel aus“ zitierte, fand dieser unter den Anwesenden breite Zustimmung. Natürlich wies er auch auf die vor uns liegenden Aufgaben in unserer Solidargemeinschaft hin und gab als Orientierung den Entwurf der Führungskonzeption, den er uns vor unserer Wahlversammlung zu kommen ließ. Wir werden diesen Entwurf mit unseren Funktionären und Betreuern beraten und mögliche Vorschläge, die sich aus der Diskussion ergeben, einbringen. Schon jetzt ist zu sagen, dass mit diesem Entwurf eine konkrete

und offensive Anleitung für eine erfolgsbezogenen Arbeit in unserer TIG vorliegt. Auch zu weiteren Aktivitäten im Kampf für Rentengerechtigkeit, zur Arbeit des Vorstandes in Berlin und der Neuformierung des Beirates mit Blick auf seine Zukunftsfähigkeit gab Joachim den Anwesenden einen Ausblick in die Zukunft der ISOR.

Der Bericht des Vorstandes zog eine eindrucksvolle erfolgreiche Bilanz der Arbeit in den Jahren 2019 bis heute und dies unter den durch die Pandemie und den einhergehenden Maßnahmen der Lockdowns und massiver Kontakteinschränkungen erschwerten Bedingungen. Besonders hervorzuheben ist, dass es gelang, die individuelle Arbeit und den persönlichen Kontakt der Betreuer zu den Mitgliedern überwiegend zu gewährleisten. Der Bericht verwies darauf, dass die Mitglieder unserer TIG, die sich 2017 nach Ablehnung unserer Rechtsklage durch das BVG für ein Weiter entschieden haben, aktiv für die Erreichung der Zielstellungen der ISOR eintreten. Nach der letzten Wahlversammlung 2018 haben wir 39 Mitglieder durch Tod verloren, 23 sind vorwiegend aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden. Die aktuell 177 Mitglieder stimmen vorbehaltlos dem Weiterbestehen der ISOR zu. Für sie ist die Auflösung von ISOR keine Alternative.

Die Zukunft unseres Vereinslebens wird immer mehr durch zwei objektiv voranschreitende Prozesse beeinflusst: das fortschreitende Alter und die Beeinträchtigung der Gesundheit und Mobilität unserer Mitglieder. In der Entschließung der Wahlversammlung haben wir Schwerpunkte formuliert, die diesen Erfordernissen besser Rechnung tragen werden. Hilfreich für die Organisierung unserer Arbeit waren und sind die Hinweise und Orientierungen des Vorstandes der ISOR, sei es durch Beratungen in Berlin oder beim Landesbeauftragten, persönlich am Ort und durch Veröffentlichungen in **ISOR aktuell**. Wir bedanken uns dafür und bauen auch künftig darauf.

Besonders bedeutsam für zielgerichtete Vereinsarbeit sind unsere Funktionärsberatungen. Leider konnten wir pandemiebedingt keine Kontinuität in der Durchführung dieser Beratungen sichern, genau wie bei den Mitgliederversammlungen. Hervorzuheben ist die Funktionärsberatung im April 2019, zu der Sören Pellmann eingeladen war. Wir glauben, dass seine Persönlichkeit und seine Ausführungen sowie das Wahlverhalten unserer Mitglieder mit dazu beigetragen haben, dass die Partei „DIE LINKE“ stärkste Fraktion im Stadtparlament wurde. In diesem Jahr haben wir eine solche Funktionärsberatung in Auswertung der Vertreterkonferenz vom 15. Juni abgehalten, in deren Ergebnis wir Schlussfol-

gerungen und Aufgaben für die Arbeit in der TIG, in den Untergruppen und mit den Mitgliedern bestimmten. Besonders hervorzuheben sind die Ergebnisse unseres solidarischen Handelns. Nicht nur die Spendenaktionen zur Unterstützung der Peter Sodann Bibliothek „...wider das Vergessen“, die wir gemeinsam mit den TIG des ehemaligen Bezirkes Dresden durchführten, der Spendenaktionen für die notleidende Bevölkerung im Donbass und für das Aktionsbündnis „Cuba si“ zeigen dieses solidarische Verhalten unserer Mitglieder, sondern auch die Beteiligung u. a. an Unterschriftenaktionen der Friedensbewegung, einer Grußadresse unserer TIG an den Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR zu dessen Aufruf „Gemeinsam für den Frieden“ und der Unterstützung des Aufrufs des OKV „Erklärung für eine bessere Zukunft“.

Aktive ehrenamtliche Tätigkeit leisten viele in unterschiedlichen Gremien. Besonders deutlich wird das nicht zuletzt durch vielfältige Unterstützung der Partei „DIE LINKE“ durch unsere Mitglieder, von denen einige stellvertretend im Bericht des Vorstandes genannt wurden. In der Zusammenarbeit mit dem Stadtverband der Partei „DIE LINKE“ sehen wir eine Möglichkeit, unsere Stimme einzubringen, dass der Stadtverband als Kraft, die für Frieden und Solidarität in der Stadt Leipzig eintritt, besser wahrgenommen wird.

Gedanken- und gegenseitiger Informationsaustausch, die aktuelle Information und die eigene Meinungsbildung gewinnen immer mehr an Bedeutung in dieser bewegten Zeit. Wir unterstützen diesen Prozess durch die Übermittlung aktueller Nachrichten und Veröffentlichungen aus unterschiedlichen Quellen, zumeist aus dem Internet. Durch ein Vorstandsmitglied werden diese aufbereitet und einem Lesekreis per Mail zur Verfügung gestellt. Inzwischen nutzen wir auch die durch Joachim Bonatz elektronisch übermittelten Informationen. Nicht zu unterschätzen sind in diesem Zusammenhang die Beiträge in **ISOR aktuell**. Sie enthalten die Positionen unseres Solidarvereines zum politisch-aktuellen Geschehen, zu Initiativen und zu Schwerpunkten der Arbeit, die unmittelbaren Einfluss auf unser Wirken in der TIG hatten und haben werden. Auch die seit 2019 erarbeiteten 19 TIG-Informationen unterstützen diesen Prozess wirkungsvoll.

Dank der zuverlässigen Arbeit der Funktionäre, Kassierer und Betreuer wurden die finanziellen Aufgaben der TIG ohne Beanstandungen erfüllt. Den Nachweis erbrachte der Finanzbericht des Hauptkassierers. Reserven bestehen in der Ausnutzung des vorhandenen finanziellen Spielraums für die individuelle Arbeit.

Ein herzlicher Dank des Vorstandes galt den Mitgliedern und Funktionären der TIG für ihre Solidarität und Mitarbeit sowie den Gästen für ihre Unterstützung und Zusammenarbeit. 15 verdienstvolle Mitglieder wurden mit der Ehrenurkunde bzw. einem Sachgeschenk ausgezeichnet.

Die künftigen Erfordernisse unserer Arbeit haben wir in der Entschließung, die alle Mitglieder mit einer TIG-Information erhalten, festgelegt. Ausgehend von einer planmäßigen, sachkundigen und kritischen Vorstands-

arbeit richten wir unsere Schwerpunkte auf die Arbeit mit den Mitgliedern, besonders den persönlichen Kontakt, wobei wir uns auf die Zunahme sozialer Fragestellungen und Hilfen einstellen.

Die Unterstützung des einheitlichen und geschlossenen Handelns aller friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte, die für eine Politik der Beendigung des Krieges in der Ukraine und die Wiederherstellung und Erhaltung des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit ausgerichtet ist, bestimmt unser Handeln genau-

so wie die Unterstützung gemeinsamer Aktionen, besonders im Rahmen des OKV.

Rechenschaftsbericht, Finanzbericht und Entschließung wurden einstimmig bestätigt. Der neue Vorstand und die Kassenprüfer wurden einstimmig gewählt.

Unsere TIG hat mit der Wahlversammlung alle Voraussetzungen geschaffen, eine erfolgreiche Arbeit weiter fortzusetzen

Gerald Böhm, Vorsitzender

*

DENKMAL

Aus einer anderen Welt:

Am 1. Januar vor 60 Jahren wurde der Energieverbund zwischen der DDR, der CSSR, Polens und Ungarns wirksam. Damit war der zwischenstaatliche Ausgleich bei Spitzen- und Überkapazitätszeiten unkompliziert möglich und die erzeugte Energie bedarfsgerecht einsetzbar.

Die Erdölleitung „Freundschaft“ wurde ein Jahr später in Betrieb genommen und beliefert bis jetzt auch das Petrochemische Kombinat in Schwedt.

Darunter litten natürlich die Menschenrechte, weshalb die BRD am 18. Dezember 1962 ein Embargo für den Export von Großstahlröhren in die sozialistischen Länder beschloss (Röhrenembargo). Das war das Ende des Exports nahtloser Rohre aus dem „Wertewesten“ und der Beginn der eigenen Produktion im RGW. Mannesmann bellte und das Öl floss weiter.

Aus dieser Welt:

Heute streiten sich die Anliegerstaaten über die Verfügungsgewalt und den Betrieb der „Freundschaftsleitung“, die durch ihren Namen von einer anderen Zeit kündet. Obwohl ja die Trasse dereinst von den Kommunisten unter Druck gehalten wurde und das Öl nicht zu den teuersten gehörte, waren sich die neuen „Überführer des Staatsbesitzes in privates Eigentum“ (Privatisierer) nicht zu schade, daraus kräftig Kapital zu schlagen. Es steht zu vermuten, dass die ehemaligen Eigentümer entschädigungslos auf der Straße landen, denn der Ast wird auch abgesägt, weil sich die Herrschenden dadurch die „Ruinierung der russischen Wirtschaft“ versprechen.

Das ist wirklich ruinös.

w.k.

Aus der Postmappe

Hier die erste Fortsetzung meines Artikels über Gedanken zur Geschichte der Arbeiterbewegung von **ISOR aktuell** 9/22:

Dazu über die Ereignisse vom Ende des Ersten Weltkrieges bis Anfang 1933:

Das bedeutendste Ereignis gegen Ende des Weltkrieges war zweifellos die Große Sozialistische Oktoberrevolution, die die Welt erschütterte und eine neue Macht hervorbrachte.

Nun zeigte sich aber, dass sich die Welle der Revolutionen im Westen nicht fortsetzte. Die Ursache dafür, warum die Idee, in Ländern besungen, nicht eintraf, muss noch erforscht werden. So heißt es in der Hymne der Arbeiterbewegung „Auf zum letzten Gefecht, die Internationale erkämpft das Menschenrecht...

Doch wie ist das letzte Gefecht ausgegangen! 1991 mit dem Untergang der Sowjetunion und des gesamten Europäischen Sozialistischen Systems! Oder wie es in einem englischen Arbeiterlied heißt: „... Ist die

letzte Schlacht geschlagen Waffen aus der Hand, schlingt um die befreite Erde brüderliches Band.“

Die Ideale einer sozialistischen Welt lebten also vor allem in der Kultur. Dass die Revolution in Russland nicht auf den Westen überschnappte, hat u.a. folgenden Grund: Die Führung konzentrierte sich zu einseitig auf die sogenannte Dorfarmut und machte sich die Mittelbauern als Rückgrat der Landwirtschaft zum Feind. Das führte zu einer großen Hungersnot 1929. Das und das Durchsickern von Hinweisen auf Verbrechen bei der Fortsetzung der Revolution wirkte sich auch negativ aus. In Deutschland war es vor allem die Tragödie der Spaltung der Arbeiterbewegung, die zur Niederlage führte.

SPD und KPD lieferten sich Auseinandersetzungen, zum Teil schlimmer, als die zwischen KPD und der Nazipartei ausgingen.

Im Folgenden versuche ich, weitere Ergebnisse aufzulisten, die zum Beginn der Naziherrschaft führten:

Die Novemberrevolution in Deutschland: u. a. der erfolglose Marsch der Kieler Matrosen auf Berlin, der Mord an Liebknecht und Luxemburg. Gründung der Parteien USPD,

KPD, NSDAP, Spartakusbund, der Kampf in Berlin; bekannt dafür der Ausspruch des SPD-Mannes Noske, „einer muss der Bluthund sein“. Ein Beweis, dass die Feindschaft in der Arbeiterbewegung eine Volksfront verhinderte, die für den Sieg über die Nazis nötig gewesen wäre. Dann 1929 die Weltwirtschaftskrise. Hitler nutzte aus, dass die deutsche Gesellschaft keine genügenden Gegenmaßnahmen traf. Der deutsche Kapitalismus war nicht geschwächt durch den Weltkrieg gekommen, so dass es danach zu einem gewissen Wohlstand kam.

Nach dem Krieg fanden auch Wahlen statt, in denen die KPD große Erfolge erzielte, die sich jedoch nicht auf die Machtfrage auswirkte. Die brutalen Morde an Liebknecht und Luxemburg bewiesen, welche Angst die Reaktion von der Arbeiterbewegung hatte.

Soweit die Gedanken. Der nächste Artikel wird die schwärzeste Zeit in der deutschen Geschichte beleuchten, und den heldenhafte Kampf der besten Söhne unseres Volkes würdigen.

Siegfried Mikut, Georgsmarienhütte

*

Erinnerung an den Tod eines ukrainischen Soldaten der Roten Armee in Zschopau 1941

Am 1.11.1941 verstarb in Zschopau, der aus der Ukraine stammende Angehörige der Sowjetarmee Fjodor Schuleschkow. Er wurde in der Schlacht bei Minsk, im Juli 1941, von der Wehrmacht gefangen genommen und zur Zwangsarbeit in das Kriegsgefangenenlager Hartmannsdorf gebracht. Dieses überstellte ihn in die „Stein Granitwerke J. Dorfner“ nach Rochlitz zur Arbeit im Steinbruch. Er unterlag den mörderischen Arbeitsbedingungen und wurde wie üblich, in das hiesige sogenannte „Lazarettlager“ im „Scheunenviertel“, jetzt Parkplatz Simmel/Feuerwache, gebracht. Er, der Arbeiter aus dem ukrainischen Ort Burkojeka, wurde 26 Jahre alt. Er war unverheiratet. Ob sein Vater Sergei jemals Nachricht vom Tod seines Sohnes in Zschopau erhalten hat, ist nicht bekannt. Nach Schuleschkow verstarben in Zschopau noch 29 kriegsgefangene Zwangsarbeiter aus Russland, der Ukraine, aus Weißrussland und aus Tatarstan. Sie starben an den Folgen der mörderischen Zwangsarbeit, an Nahrungsmangel und medizinischer Unterversorgung. Sie wurden zunächst in der Südecke des Zschopauer Friedhofs notdürftig begraben. Die Mehrheit der sterblichen Überreste der Toten wurde 1947 auf den Soldatenfriedhof Reichenhain/Chemnitz umgebettet. Von den sterblichen Überresten weiterer sechs Verstorbener fehlt jede Spur. Vielleicht liegen ihre

Gebeine noch in der Friedhofserde in Zschopau. An die Vergangenheit dieses Sterbelagers und ihre Opfer erinnert leider nichts mehr. Der einzige Bundespräsident Gauck sah sich veranlasst 2015 die Worte zu sprechen:

„Bis heute steht die Opfergruppe der sowjetischen Kriegsgefangenen in unserer Erinnerungskultur ... in einem Erinnerungsschatten.“

Das gilt auch für die in Zschopau verstorbenen Kriegsgefangenen. Ein angemessenes Denkmal für die Verstorbenen wäre eine pietätvolle Pflicht der Lebenden. Ob sich ein Interessenkreis in der Kommune mit dieser Absicht durchsetzen kann ist unter heutigen politischen Bedingungen sehr fraglich.

Norbert Staffa, Großbörnsdorf

*

Grün wird braun

Wenn Grün verwelkt, wird es braun - nur eine immer wiederkehrende Naturerscheinung?

Nein! Seitdem sich politische Parteien ihren Namen mit der Naturfarbe „Grün“ schmücken, bleibt auch ihnen dieser natürliche Prozess nicht erspart. Daran ändert auch nichts, wenn ihnen bei Wahlen kurzzeitig frischer Saft aus den Wurzeln hochsteigt. Das Verwelkungs- und Verwesungsschicksal von Naturgrün bleibt auch bei seiner Übertragung auf die Namen politischer Parteien erhalten.

Bester Beweis: Die bundesdeutsche Partei namens „Die Grünen/Bündnis 90“.

Verwelktes und verwesenes Naturgrün wird zumeist auf Mülldeponien entsorgt. Das sollte auch mit den „grünen“ Parteien geschehen, wenn sie braun geworden sind.

Ist aber die deutsche Ampelregierung die dafür geeignete Mülldeponie? Das wäre mal eine „Umfrage“ wert.

M. Wild, TIG Köpenick

*

Ist das etwa mein Krieg ?

In den deutschen Medien höre und lese ich immer wieder, dass der Konflikt Russland – Ukraine unser Krieg sei. Daraus muss ich zwangsläufig schlussfolgern, es ist auch mein Krieg.

Nun bin ich schon etwas älter, kann mich aber nicht erinnern, welchen Konflikt ich über die Zeit mit Russland und / oder der Ukraine gehabt haben muss. Ich bin sicher, ich wüsste davon.

Warum ist es nun unser / mein Krieg ? Diese Aussage steht unkommentiert im Raum. Eine nachvollziehbare Erklärung bekomme ich nicht.

Als halbwegs intelligenter Zeitgenosse sehe ich in dieser Berichterstattung und der damit vorgegebenen Meinungsbildung durch unsere Medien einfach nur eine plumpen Kriegspropaganda.

**Wilfried Steinfath,
Berlin - Hohenschönhausen**

*

Zwischenruf

Im Oktober vor 60 Jahren verkündet Chrustschow den Abbau sowjetischer Raketen auf Kuba und entspannt damit eine Situation, in der die Welt vor einem Atomkrieg zwischen der UdSSR und den USA stand. Gleichzeitig hatten sich die USA verpflichtet, ihre in der Türkei an der armenischen Grenze stationierten Raketen mit einer Reichweite bis Moskau wieder abzubauen.

Kurz bevor also der Kalte Krieg in einen heißen umschlug, zeigten die beiden Repräsentanten an Hudson und Moskwa in letzter Minute einen Restbestand von Realitätssinn. Der sollte nicht überschätzt werden, denn die USA halten seit dieser Zeit ihre völkermörderische Blockade gegen Kuba aufrecht und in Europa drohen sie rechts und links des Dnipro immer wieder mit dem Einsatz atomarer Waffen.

„Wenn Ihr wüsstet, mit wie wenig Aufwand von Verstand die Welt regiert wird, so würdet Ihr Euch wundern“, soll Papst Julius III. im 16. Jahrhundert einem Mönchen gesagt haben. Dieser hat es weitgehend geheim gehalten.

Den dritten Welt Krieg stoppen

Jetzt!

XXVIII. INTERNATIONALE
ROSA-LUXEMBURG-
KONFERENZ
SA. 14.1.2023 | MOA BERLIN

Livestream: jungewelt.de/rlk  **junge Welt**

RLK 2023: Aus dem Programm

In bewährter Form wird das RLK-Programm in zwei großen Blöcken dargeboten: dem Vortragsteil mit sechs Beiträgen internationaler Referentinnen und Referenten sowie der Podiumsdiskussion, die sich am Abend ab 18.30 Uhr traditionell politischen Problemen und Aufgaben der Linken in der Bundesrepublik widmet. Neben Nikolai Platoschkin (Moskau) und Wen Tiejun (Beijing) sind Vorträge geplant, die sich mit der westlichen Kriegspolitik und ihren Folgen befassen. Die Historikerin und Buchautorin Anne Morelli untersucht am Beispiel der NATO-Kriegspropaganda einen wesentlichen Aspekt der geistigen Mobilmachung in westlichen Staaten. Aminata D. Traoré, Exministerin aus Mali, spricht über die Folgen von deren Kriegspolitik für arme Länder. Deglobalisierung und der Zwang zum Krieg sind Thema des in Kalifornien lehrenden Ökonomen Jack Rasmus. Sozialismus als konkrete Alternative zum niedergehenden Imperialismus soll am Beispiel Kubas dargestellt werden. Hierzu ist die Kinderärztin und Politikerin Aleida Guevara aus Havanna eingeladen.

Die Podiumsdiskussion steht unter dem Motto „Kämpfen in der Krise. Der Krieg und die soziale Frage“. Moderiert von jW-Chefredakteur Stefan Huth kommen in der Runde Christin Bernhold (Basisaktivistin aus Hamburg), die Linke-Bundestagsabgeordnete Sevim Dagedelen, Melina Deymann (Redakteurin der Wochenzeitung UZ) sowie eine Gewerkschaftsvertreterin zu Wort.

Die Lage der politischen Gefangenen wird wie in der Vergangenheit am Beispiel Mumia Abu-Jamals Thema sein. Der seit 1982 in den USA inhaftierte, jahrzehntelang von der Todesstrafe bedrohte afroamerikanische Bürgerrechtler und Journalist ist ständiger Guest der RLK und dort meist mit einem aufgezeichneten Redebeitrag vertreten.

Zudem werden zahlreiche Kulturbeiträge geboten, darunter eine Ausstellung mit prämierten Bildern des jW-Fotowettbewerbs.(jW)

Weitere Infos zur Konferenz:
www.jungewelt.de/rlk

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 26.10.2022

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 23.11.2022

Einstellung im Internet: 02.12.2022

Auslieferung: 07.12.2022

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck Tel.: (030) 29784317

Fax.: (030) -29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Dienstag bis Donnerstag, 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16